

Presseinformation: Schule zwischen Normalität und Ausnahmezustand- der Corona-Regelbetrieb beginnt

Nach den Sommerferien treffen wir uns wieder, dann ist alles wie früher und der Spuk endlich vorbei! Das haben wir Ende Juni wohl alle gehofft und viele auch wirklich geglaubt. Nun lehrt uns die Realität etwas ganz Anderes. Die Infektionszahlen steigen, Ausgangsbeschränkungen werden regional verschärft, verpflichtende Coronatests sind da, sogar das Gespenst eines neuen Lockdowns taucht auf.

In dieser Situation der Verunsicherung öffnen die Schulen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen im Klassenverband Präsenzunterricht nach der vorgesehenen Stundentafel erhalten. Abstandsregeln gelten nicht, Maskenpflicht – von der Ministerin zwar dringend empfohlen - liegt im Ermessen der einzelnen Schulen, Hygienekonzepte müssen vorliegen.

Ist das die Prämisse: Augen zu und durch? Mal sehen, was geschieht?

Es steht völlig außer Frage, dass die Kinder und Jugendlichen wieder Präsenzunterricht erhalten und ihre Sozialkontakte haben müssen. Auch die Eltern können den Zustand des Homeschooling nicht auf Dauer aushalten.

Doch darf das Wünschenswerte nicht dem Erforderlichen geopfert werden. So ist es unbedingt erforderlich, den Schutz der Menschen in der Schule an erste Stelle zu setzen. Das Tragen von Masken und das Einhalten von Abstandsregeln darf in der Schule nicht tabuisiert werden.

Stundentafeln, Fachanforderungen und Leistungsnachweise können und dürfen nicht über der Gesundheit der Menschen stehen.

Es wird auch in der Schule Infektionsausbrüche geben, Lehrkräfte werden ausfallen, Distanzunterricht wird Präsenzunterricht ersetzen müssen. Wissenslücken aus der Zeit der Schulschließungen müssen kompensiert werden. Darauf müssen wir uns einstellen.

Wir alle mussten lernen umzudenken, das muss auch das Bildungsministerium tun.

Klare und einfache Regeln sowie ein gewisses Maß an Flexibilität sind in dieser Lage unabdingbar. Vor allem muss das Ministerium die beteiligten Gruppen wie Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen sowie die Schulleitungen viel früher an der Entscheidungsfindung beteiligen, denn das sind die unmittelbar Betroffenen!

Christa von Rein

Für den Landesvorstand der GGG-SH

5.8.2020